

# Rahmenvertrag

## Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht/Verwaltungsrecht

zwischen

**Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH**  
 Mainzer Landstraße 191, 60327 Frankfurt am Main  
 vertreten durch die Geschäftsführer Ingo Kühn und Florian Habersack

- SBEV -

und

[...]

- Auftragnehmer -

### Präambel:

Die SBEV ist eine im Jahr 2015 gegründete Projektmanagementgesellschaft der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (51% „VGF“) und der Stadt Frankfurt am Main (49% „Stadt“). Aktuell realisiert die SBEV die Verlängerung der U5 ins Europaviertel („U5-EV“) und ist inzwischen mit zwei weiteren Stadtbahnprojekten beauftragt.

Gesellschaftszweck der SBEV ist die Realisierung von Bauprojekten im Bereich Schieneninfrastruktur für Straßen- und Stadtbahnen der VGF. Die SBEV baut die Bauwerke und Anlagen im Auftrag der VGF und erlangt selbst weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran.

Als Projektmanagementgesellschaft erbringt die SBEV selbst keine Planungs- oder Bauleistungen, sondern vergibt die für die Realisierung der Projekte erforderlichen Bau- und Planungsleistungen an Dritte.

### § 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des vorliegenden Rahmenvertrages sind Rechtsdienstleistungen für zwei aktuelle, aber auch zukünftige Bau-Projekte der SBEV im Bereich des öffentlichen Rechts/Verwaltungsrechts.
- (2) Aktuell werden Rechtsdienstleistungen im Bereich des öffentlichen Rechts/Verwaltungsrechts für die Projekte Verlängerung der U5 bis zur Straße „Am Römerhof“ („U5-RH“, Projektbeschreibung als **Anlage 1** beigefügt) und Verlängerung der U4 Bockenheimer Warte – Ginnheim („U4-GH“, Projektbeschreibung als **Anlage 2** beigefügt) benötigt. Das Projekt U5-EV wird bereits öffentlich-rechtlich begleitet, so dass Rechtsdienstleistungen für dieses Projekt aktuell nicht benötigt werden.
- (3) Dieser Rahmenvertrag begründet unmittelbar keine Leistungspflichten. Er regelt ausschließlich das Recht der abrufberechtigten Auftraggeber, den Auftragnehmer zu den Bedingungen des Rahmenvertrags mit einzelnen Rechtsdienstleistungen zu beauftragen („Abrufe“). Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abruf von Leistungen besteht nicht.
- (4) Dieser Rahmenvertrag gewährt dem Auftragnehmer keine Exklusivität. Die abrufberechtigten Auftraggeber sind berechtigt, vertragsgegenständliche Leistungen auch anderen Auftragnehmern zu übertragen.

- (5) Das maximale Abrufvolumen (auch für mögliche zukünftige Projekte) dieses Rahmenvertrags ist für die Gesamtlaufzeit auf 2 Mio. EUR (netto) festgelegt.

## **§ 2 Leistungsabruf**

- (1) Die abrufberechtigten Auftraggeber beauftragen den Auftragnehmer nach Bedarf mit einzelnen Rechtsdienstleistungen zu den Bedingungen dieses Rahmenvertrags. Der Leistungsabruf kann mündlich, schriftlich oder per E-Mail erfolgen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Abrufe auszuführen.
- (2) Abrufberechtigt sind die SBEV und gemäß den Vorgaben unter Absatz 3 die Stadt Frankfurt am Main. Leistungspflichten werden ausschließlich zwischen dem oder den abrufenden Auftraggeber(n) und dem Auftragnehmer begründet.
- (3) Rechtsdienstleistungen für das Projekt U5-RH werden von der SBEV und der Stadt gemeinsam beauftragt. Die SBEV ist bevollmächtigt, die Stadt bei der Beauftragung und Auftragsabwicklung zu vertreten.

## **§ 3 Grundlagen der Leistungserbringung**

- (1) Die Anlagen 1 und 2 enthalten eine Beschreibung der Auftragsinhalte nach den aktuellen Erkenntnissen, die sich im Laufe der Projektfortschritte allerdings fortentwickeln werden. Im Wesentlichen werden in dem jeweiligen Projekt aber die folgenden Tätigkeiten benötigt:
  - Interne Beratung der SBEV in allen Belangen des öffentlichen Rechts.
  - Außergerichtliche Vertretung und rechtliche Unterstützung in Verhandlungen mit Behörden, betroffenen Anliegern (Eigentümer, Mieter, Gewerbetreibende etc.), Bürgerinitiativen, Sanierungspflichtigen, Messstelleneinhabern etc.
  - Vorbereitung, Begleitung und ggf. Führung behördlicher Verfahren (Planfeststellungsverfahren, Genehmigungsverfahren, Widerspruchsverfahren, vorzeitige Besitzeinweisungen, Entschädigungsfestsetzungsverfahren, Enteignungsverfahren etc.).
  - Vertretung in projektbezogenen gerichtlichen und gerichtsähnlichen Verfahren (Eilverfahren, Schiedsgerichtsbarkeitsverfahren etc.). Die Erteilung des jeweiligen Prozessmandats erfolgt einzelfallbezogen.
  - Im Einzelnen fällt hierunter insbesondere:
    - Beratungen zum gesamten rechtlich relevanten Schriftverkehr einschließlich des Entwerfens von verwendungsfähigen Texten oder Textbausteinen, rechtlichen Gutachten bzw. Stellungnahmen (inkl. Strategieempfehlungen, Prozessabläufe, Zeitplänen etc.) zu allen rechtlichen Fragen und Sachverhalten im Zusammenhang mit den beauftragten Leistungen.
    - Vorbereitung, ggf. Prüfen oder Entwerfen und Abstimmungen von Vereinbarungen (Verträge, Vergleiche, Sachverständigenvereinbarungen, Schiedsgutachtervereinbarungen etc.).
    - Rechtliche Unterstützung bei der Herbeiführung erforderlicher Gremienentscheidungen, insbesondere bei der Erstellung der Beschlussentwürfe und Vorabstimmungen mit den städtischen Ämtern und Dezernaten und sonstigen involvierten Institutionen.
    - Erstellen von Schriftsätzen für die behördlichen und gerichtlichen Verfahren und Abstimmung mit der SBEV.
    - Erarbeiten von Entscheidungsvorlagen für die Geschäftsführung der SBEV und Teilnahme an entsprechenden Abstimmungsterminen.

- Vorbereitung und Teilnahme an außerbehördlichen und -gerichtlichen Vergleichsverhandlungen, an Behördenterminen und an Gerichtsterminen.
  - Vorbereitung und Teilnahme an sonstigen angesetzten Besprechungen/Jour-Fixen auf konkrete Anforderung durch die SBEV.
  - Empfehlungen zur Einholung von fachspezifischen, technischen Sachverständigenleistungen, soweit im Einzelfall erforderlich.
- (2) Die geschuldeten Leistungen umfassen auch Tätigkeiten und Pflichten, die vorstehend nicht im Einzelnen aufgeführt sind, soweit sie der Sache nach zum Aufgabengebiet der beauftragten Leistungen gehören und die Fortführung des jeweiligen Projektes fördern.
- (3) Zur Gewährleistung eines optimalen und nachvollziehbaren Austauschs jeglicher projekt-relevanten Informationen sowie zu deren Dokumentation richtet die SBEV für jedes Projekt einen virtuellen Datenraum/Projektraum ein. Auf Wunsch der SBEV wird der Auftragnehmer den Projektraum nutzen und die Kommunikation im Projekt ganz oder teilweise elektronisch über den Projektraum führen.

#### § 4 Mitarbeiterereinsatz

- (1) Die Leistung wird durch einen Mandatsführer, seinem Stellvertreter (Schlüsselpersonen) und weiteren mit der Rechtsberatung im Projekt betrauten Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälten erbracht, die ein Projektteam bilden.
- (2) Die Organisation der Leistungserbringung sowie die namentliche Benennung der unter Absatz 1 genannten Schlüsselpersonen ist dem als **Anlage 3** beigefügten Personaleinsatzkonzept zu entnehmen. In Absprache mit der SBEV können im Bedarfsfalle weitere Mitarbeiter oder Spezialisten für bestimmte Rechtsfragen hinzugezogen werden.
- (3) Ein Wechsel des in Anlage 3 genannten führenden Rechtsanwalts und des Stellvertreters ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der SBEV möglich. Die SBEV darf ihre Zustimmung jedoch nicht ohne wichtigen Grund verweigern. Ein wichtiger Grund ist insbesondere im Fall von länger andauernder Krankheit oder Beendigung der Tätigkeit für den Auftragnehmer gegeben. Im Falle des Wechsels muss der neu einzusetzende Rechtsanwalt über entsprechende, mit der zu ersetzende Person vergleichbare, Qualifikationen für die Leistungserbringung im Hinblick auf Berufserfahrung, fachliche Qualifikation im Bereich Verwaltungsrecht, Referenzen im geforderten Tätigkeitsbereich etc. verfügen. Der Auftragnehmer hat der SBEV hierzu entsprechende Nachweise zur Qualifikation und Berufserfahrung des neu einzusetzenden Rechtsanwalts vorzulegen.
- (4) Die SBEV ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines eingesetzten Rechtsanwalts zu verlangen, wenn sich herausstellt, dass er zur Erbringung der geschuldeten Leistungen fachlich ungeeignet ist, Zweifel an seiner Zuverlässigkeit oder ein Interessenkonflikt bestehen oder das Vertrauensverhältnis aus Sicht der SBEV gestört ist.
- (5) Da es im Projektgeschehen auch im Rahmen des beschriebenen Arbeitsumfang zu Überschneidungen mit anderen Rechtsgebieten kommen kann, kann es erforderlich werden, Mitarbeiter aus anderen Fachbereichen hinzuzuziehen. Insbesondere im Aufgabenbereich des Grunderwerbs für die Bau-Projekte kann es erforderlich werden, Immobilienrechtler hinzuzuziehen. Der Auftragnehmer ist dazu bereit und in der Lage. Er ist berechtigt, hierzu auch Nachunternehmer einzuschalten. Eine Hinzuziehung von Mitarbeitern aus anderen Rechtsgebieten und/oder Nachunternehmern erfolgt nur nach vorheriger Abstimmung der Parteien.
- (6) Sollten neben den in den Anlagen 1 und 2 genannten Projekten zukünftige weitere Projekte der SBEV hinzukommen oder sollte für das Projekt U5-EV ein Bedarf an Rechtsdienstleistungen im Bereich öffentliches Recht/Verwaltungsrecht entstehen, wird die SBEV dies dem Auftragnehmer schriftlich mitteilen. Die Parteien werden sich dann zeitnah

darüber abstimmen, ob und inwieweit aufgrund der Leistungserweiterung eine Anpassung des Personaleinsatzkonzeptes erforderlich ist.

## **§ 5 Vergütung / Abrechnung**

- (1) Im Hinblick auf § 3 a RVG schließen die Parteien die als **Anlage 4** beigefügte Vergütungsvereinbarung.
- (2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, monatliche Abschlagszahlungen zu verlangen. Die Fälligkeitsfrist beträgt einen Monat ab Rechnungszugang. Die Abrechnung muss für die jeweiligen Projekte der SBEV getrennt erfolgen.
- (3) Für das Projekt U5-RH ergeben sich aus der speziellen Projektstruktur als Kombiprojekt von Stadt und VGF (siehe Anlage 1) spezielle Vorgaben zur Rechnungsstellung. Die SBEV ist beauftragt und bevollmächtigt, für dieses Projekt auch Leistungen im Namen und auf Rechnung der Stadt abzurufen. Die Rechnungsstellung für das Projekt U5-RH erfolgt daher gesondert gegenüber der Stadt und gegenüber der SBEV. Da eine trennscharfe Zuordnung der Beratungsleistungen in vielen Fällen nicht möglich sein wird und es sich somit um nicht eindeutig zuzuordnende Leistungen handelt, erfolgt die Abrechnung des Honorars aufgeteilt nach einem Kostenteilungsschlüssel. Die SBEV wird diesen Kostenteilungsschlüssel mit Abruf der ersten Leistung für das Projekt U5-RH mitteilen. Änderungen des Kostenteilungsschlüssels mit Projektfortschritt behält sich die SBEV vor.
- (4) Sollte während der, gegebenenfalls durch Optionsausübung verlängerten, Laufzeit des vorliegenden Vertrages eine Änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten, die unter Berücksichtigung aller Umstände dazu führen, dass die Bindung an die vorstehend vereinbarte Vergütung für eine der Parteien wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist, so kann diese eine angemessene Anpassung der Vergütung an die maßgeblichen wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen.

## **§ 6 Laufzeit des Vertrags, Kündigung**

- (1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung und endet nach drei Jahren.
- (2) Die Parteien vereinbaren eine Verlängerungsoption von drei Jahren zugunsten der SBEV. Die SBEV hat diese Option spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich abzurufen.
- (3) Der Rahmenvertrag endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, mit Ablauf des Monats, in dem durch Bestellungen der abrufberechtigten Auftraggeber der in § 1 Abs. 5 genannte Höchstwert erreicht oder überschritten wird.
- (4) Die Beendigung des Rahmenvertrages lässt bereits erteilte, aber noch nicht ausgeführte Leistungsabrufe unberührt.
- (5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

## **§ 7 Haftung / Versicherung**

- (1) Die Haftung des Auftragnehmers für Schäden aus diesem Vertrag ist – egal aus welchem Rechtsgrund – auf 10.000.000,-- EUR pro Schadensfall und auf insgesamt 20.000.000,-- EUR pro Kalenderjahr begrenzt.
- (2) Entsprechend muss über die gesamte Laufzeit des Auftrages ein Versicherungsschutz mit einer Mindestdeckungssumme in Höhe von 10.000.000,-- EUR pro Kalenderjahr jeweils 2-fach maximiert aufrechterhalten und regelmäßig nachgewiesen werden.
- (3) Die Haftungsbegrenzung nach Absatz 1 findet keine Anwendung
  - a) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,



- b) wenn bezüglich der haftungsbegründenden Umstände Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt
- c) in Fällen gesetzlich zwingender Haftung.

### **§ 8 Sprache / Gerichtsstand / anzuwendendes Recht**

- (1) Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Alle Erklärungen und Verhandlungen sowie die Darstellung der Ergebnisse der Leistungserbringung einschließlich aller Zwischenschritte erfolgen in deutscher Sprache.
- (2) Für alle Streitigkeiten aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.
- (3) Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

### **§ 9 Form / Salvatorische Klausel**

- (1) Mündliche Nebenabreden zur vorliegenden Vereinbarung sind nicht getroffen. Änderungen bedürfen der Schriftform, was auch für diese Schriftformregelung selbst gilt.
- (2) Sollten einzelne Regelungen des vorliegenden Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein, so soll dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen unberührt lassen. Die Parteien verpflichten sich, in diesem Fall die unwirksame oder undurchführbare Regelung durch eine wirksame bzw. durchführbare Regelung zu ersetzen, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessen in ihrer Bedeutung der ersetzten Regelung möglichst nahe kommt.

Frankfurt am Main, den

Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH

\_\_\_\_\_  
Kühn

\_\_\_\_\_  
Habersack

[...], den

[...]

\_\_\_\_\_  
[...]

\_\_\_\_\_  
[...]

# **Anlage 1**

**zum Rahmenvertrag  
Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht/Verwaltungsrecht**

Abruf von Leistungen für den Neubau der  
**Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 4 – Verlängerung zur  
Straße „Am Römerhof“ (U5-RH)**

## 1. Beschreibung der Baumaßnahme

Bei dem Projekt U5-RH handelt es sich um ein Kombiprojekt der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH („**VGF**“) und der Stadt Frankfurt am Main, das durch die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH („**SBEV**“) realisiert wird.

Ziel des Projekts U5-RH ist die Erschließung eines neuen urbanen, gemischt genutzten Quartiers „Am Römerhof“ mit Wohngebieten und einem Schulstandort. Für die planungsrechtlichen Grundlagen befinden sich aktuell zwei Bebauungsplanverfahren der Stadt Frankfurt in Bearbeitung (Nr. 919 und 936).

Mit dem Projekt U5-RH ist geplant, an die Station Europaviertel West der sich aktuell im Bau befindlichen U5 durch das Europaviertel anzuschließen und die oberirdische Strecke mit zwei zusätzlichen oberirdischen Stationen Richtung Westen zweigleisig zu verlängern. Die geplante Stadtbahntrasse hat eine Gesamtlänge von ca. 1,2 km.

Die geplanten Stationen sind für 4-zügige Stadtbahnwagen mit einer Länge von 105 Metern geplant. Eine Station soll sich im Bereich Anschluss Schmidtstraße befinden, eine weitere am derzeitigen provisorischen Gymnasium. Im Anschluss an die Endstation „Gymnasium“ soll eine mehrgleisige Abstell-/Wendeanlage für die Stadtbahn errichtet werden. Bei der Planung soll die Option auf eine zukünftige Fortführung der Strecke Richtung Nied/Höchst sowie die Realisierungsmöglichkeiten für einen P+R Parkplatz mitberücksichtigt werden.

Die Stadtbahntrasse wird in den Verkehrsraum der Straße „Am Römerhof“ integriert mit einer kompletten Neuordnung des gesamten Verkehrsraums. Hierbei sollen die Bedürfnisse der Stadtbahn und des Individual-, Bus-, Rad- und Fußverkehrs berücksichtigt werden, und im Zusammenspiel soll eine möglichst optimale Leistungsfähigkeit der Verkehrsanlagen mit einer gleichzeitig ansprechenden stadtplanerischen Gestaltung erreicht werden.

So ist geplant, die Station an der Schmidtstraße mit Seitenbahnsteigen als Kombibahnsteig für Stadtbahn und Busse auszuführen, wobei die Busfahrbahn in Mittellage und die Stadtbahntrasse an der Außenseite der Bahnsteige angeordnet ist. Die zweite Station am Gymnasium wird um einen Meter erhöht gegenüber der Straße „Am Römerhof“ angeordnet (dies geht nur in Südlage), damit über die restliche Strecke - und über Anwendung der Maximalsteigungen - die A5 überwunden werden kann, wenn die Option auf die zukünftige Fortführung der Strecke Richtung Nied/Höchst ausgeführt werden soll.

Eine Übersicht des Streckenverlaufs der Stadtbahn sowie der Neuordnung der Verkehrsanlagen ist als **Anlage 1.1** beigefügt.

## 2. Projektorganisation und aktueller Projektstand

Wie unter Ziffer 1. beschrieben ist die Besonderheit des Projekts U5-RH, dass parallel mit der Verlängerung der Stadtbahn die Erschließung des neuen Stadtquartiers mit Individual-, Bus-, Rad- und Fußverkehr verbessert werden soll und dass somit die Planung und der Bau der neuen Stadtbahnstrecke Hand-in-Hand mit der Anpassung der Verkehrsführung erfolgt. Alleinigiger Bauherr und Kostenträger der angrenzenden Verkehrsanlagen ist die Stadt Frankfurt. Um Planung und Ausführung aus einer Hand zu ermöglichen, ist die SBEV mit der Abwicklung der Gesamtmaßnahme und somit neben der Durchführung des Stadtbahnprojektes im eigenen Namen auch mit der Umsetzung des Leistungsanteils der Stadt in Vertretung der Stadt beauftragt.

Auftraggeber der Leistungen, die für die U5-RH abgerufen werden, sind daher die Stadt Frankfurt und die SBEV.

Mit dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 919 (StVV-Beschluss § 3475 vom 13.12.2018 zu M167/2018) wurde die Trassensicherung für die Verlängerung der U5 beschlos-

sen. Mit Beschluss § 6058 vom 02.07.2020 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Anregung des Ortsbeirates (OA564) die Verlängerung der U5 zum Römerhof noch einmal bekräftigt.

Nach Beauftragung der SBEV mit der Vorplanung Anfang 2021 hat die SBEV in Abstimmung mit dem Dezernat XII Mobilität und den beteiligten Fachämtern der Stadt Frankfurt (Stadtplanungsamt, Straßenverkehrsamt, Amt für Straßenbau und Erschließung) sowie der traffiQ (Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH) und der VGF die städtebaulichen und verkehrlichen Rahmenbedingungen für die Stadtbahn und die verkehrliche Erschließung des geplanten neuen Stadtquartiers erarbeitet und mehrere mögliche Varianten abgewogen und bewertet. Die so erarbeitete Vorplanung (inkl. Bedarfsplanung/Grundlagenermittlung/Varianteuntersuchung), hat die Koordinierungsgruppe Verkehr (KGV) in der Sitzung 02/2023 am 14.03.2023 beschlossen.

Mit Stadtverordnetenbeschluss § 4882 (M57) vom 13.06.2024 hat schließlich auch die Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträgerin des öffentlichen Personennahverkehrs nach ÖPNVG Hessen der vorgelegten Vorplanung zugestimmt, Planungsmittel freigegeben und beschlossen, dass die VGF die Verlängerung der U5 Richtung Römerhof als Bauherrin sowie als Vorhabenträgerin im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ausführt, die Gesamtprojektleitung für das Kombiprojekt U5-RH (inkl. der städtischen Verkehrsanlagen) übernimmt und die SBEV mit der Realisierung des Projekts U5-RH beauftragt.

Die Beauftragung der VGF mit der Gesamtprojektleitung des Projekts U5-RH durch die Stadt Frankfurt mit einer Planungs- und Bauvereinbarung ist Anfang 2025 erfolgt. Inzwischen ist auf dieser Basis auch die SBEV von der VGF mit der Erstellung der baureifen Planung der Anlagen und Bauwerke der Stadtbahn sowie der angrenzenden Verkehrsanlagen (im Unterauftrag) beauftragt.

Aktuell erfolgen die Beauftragungen der Planer und sonstiger Dienstleister wie die Projektsteuerung für die weiteren Planungsphasen.

Die baureife Planung ist dann den Stadtverordneten für den Bau- und Finanzierungsbeschluss vorzulegen.

Die aktuelle Finanzierung des Projekts U5-RH erfolgt über die Planungs- und Bauvereinbarung für die städtischen Verkehrsanlagen sowie Eigenmittel der VGF.

### **3. Sachstand und Leistungsgegenstand „öffentliches Recht“**

Das Projekt U5-RH erfordert eine unterstützende juristische Begleitung in allen Belangen des öffentlichen Rechts.

Die Unterstützungsleistungen werden nach derzeitigen Erkenntnissen insbesondere die folgenden Themenfelder umfassen, die sich mit Projektfortschritt entwickeln und z.T. auch erst in den weiteren Projektphasen stellen werden.

#### **3.1. Entwurfs- und Genehmigungsplanung**

##### **➤ Planfeststellungsverfahren/Wasserrechtliche Erlaubnis**

Das Projekt ist nach § 28 Abs. 1 PBefG planfeststellungspflichtig. Nach dem erfolgten Vorplanungsbeschluss und dem Eintritt in die Entwurfs- und Genehmigungsplanung sind die Genehmigungsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren (inkl. wasserrechtlicher Erlaubnis) aufzustellen sind und das behördliche Verfahren einzuleiten.

##### **➤ B-Planverfahren**

Aufgrund der besonderen Organisation des Projekts U5-RH und der parallelen Realisierung der städtischen Verkehrsanlagen wird es Schnittstellen zu den städtischen Bebauungsplanverfahren geben. Die (zeitlichen) Abhängigkeiten zwischen dem Planfeststel-

lungsverfahren und den Bebauungsplanverfahren wird nach den aktuellen Erkenntnissen eine besondere Herausforderung werden.

Südlich der Straße „Am Römerhof“ grenzt ein etwa 6 m hoher, teilweise befestigter Bahndamm an. Oberhalb des Bahndamms liegt eine natur- und artenschutzrechtliche Ausgleichsfläche, die im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zum Rückbau des Güterbahnhofs für die Populationen der dort beheimateten Mauer- und Zauneidechsen sowie der Ödlandschrecken angelegt wurde. Aktuell sind keine Einschränkungen oder Bebauung der Ausgleichsfläche geplant. Es lässt sich aber nicht ausschließen, dass es im Projekt zu artenschutzrechtlichen Fragestellungen kommt.

#### ➤ Grunderwerb

Im Rahmen der Vorplanung wurde bereits ermittelt, welche Grundstücke für das Projekt U5-RH erworben werden müssen (insgesamt 24.000m<sup>2</sup>). Nach der aktuellen Planung sollen die Grundstücksflächen durch die Stadt Frankfurt erworben werden; die Stadtbahntrasse soll innerhalb der festgesetzten Verkehrsflächen verlaufen. Es ist allerdings noch offen, ob die VGF die Fläche der geplanten Abstell- und Wendeanlage im Osten selbst erwerben soll.

Aktuell werden bereits im Vorfeld des Planfeststellungs- und des Bebauungsplanverfahrens Vertragsverhandlungen mit Eigentümern zum freihändigen Erwerb von Grundstücken unter Federführung des Amtes für Bau und Immobilien mit Unterstützung der SBEV geführt.

Sofern diese Verhandlungen scheitern, ist ein Grunderwerb mit dem Druckmittel der Enteignung erst nach den Bebauungsplanbeschlüssen möglich.

Die SBEV ist im Rahmen der Gesamtprojektleitung mit dem Management dieses gesamten Prozesses beauftragt, so dass mit umfangreichen Abstimmungen mit den städtischen Ämtern und Institutionen zu rechnen ist.

Im Rahmen der Quartiersentwicklung ist mit umfangreichen Bauvorhaben Dritter im Umfeld des Projekts U5-RH zu rechnen, so dass Verhandlungen von Nachbarschaftsvereinbarungen erforderlich werden können.

#### ➤ Zuwendungsrechts

Mit dem Vorplanungsbeschluss sind zur Finanzierung des Projekts U5-RH die Unterlagen für den Antrag auf Gewährung von Bundes- und Landeszuwendungen aufzustellen und der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

### 3.2. Ausführungsplanung und Bau

#### ➤ Im Laufe des Projektfortschritts ist mit Planänderungsverfahren zu rechnen.

#### ➤ Sonstige Genehmigungen, Erlaubnisse etc., die nicht von der Konzentrationswirkung umfasst sind (z.B. § 9 PBefG, § 62 BOStrab)

#### ➤ Wasserrecht, Bodenschutzrecht, Umweltrecht

Außer den oben unter Ziffer 3.1 beschriebenen Ausgleichsfläche ist nach den aktuellen Erkenntnissen über das gewerblich geprägte Projektgebiet nicht mit besonderen Herausforderungen in den umweltrechtlichen Fachbereichen zu rechnen; vereinzelte Fragestellungen lassen sich aber nicht ausschließen.

#### ➤ Immissionsschutz (insb. Baulärm, Erschütterungen)

Aufgrund des gewerblich geprägten Projektgebiets ist nach aktuellem Stand nicht mit erheblichen Themen im Bereich des Immissionsschutzes durch Baulärm zu rechnen.

Da die Arbeiten ausschließlich oberirdisch erfolgen, ist auch nicht mit erheblichen Immissionen durch Erschütterungen zu rechnen.

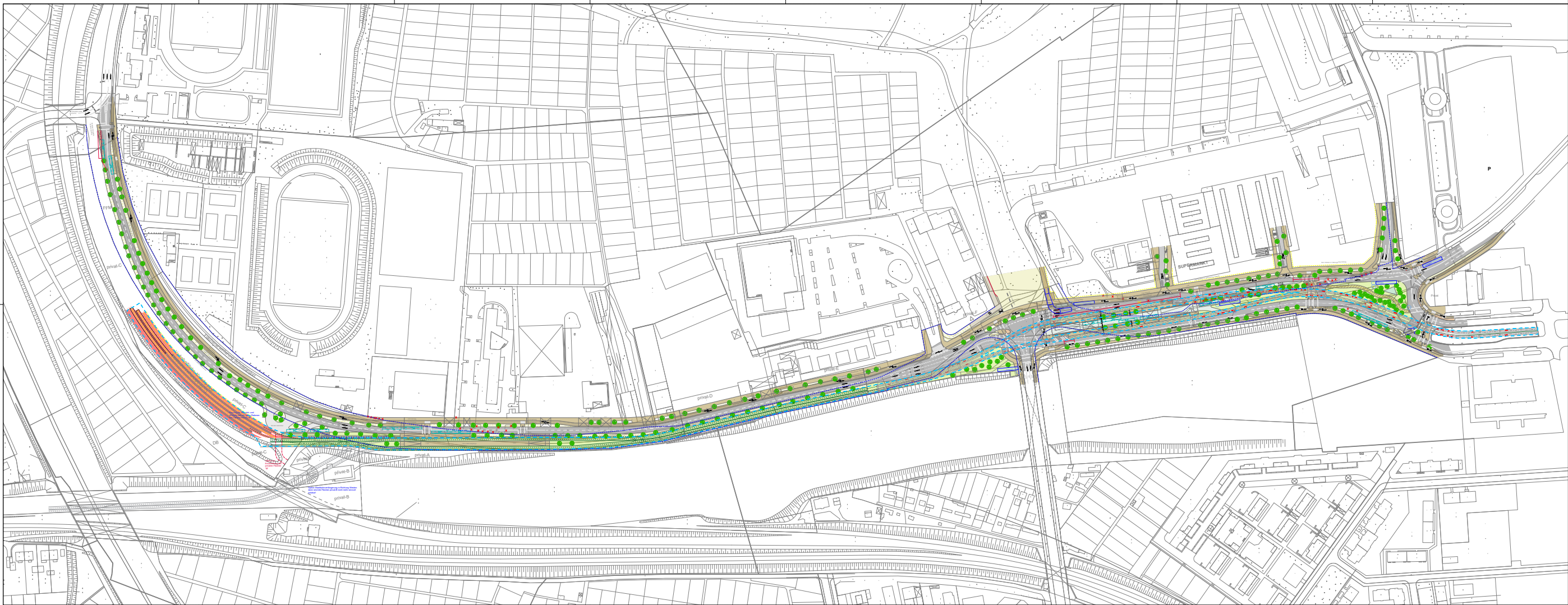
#### **4. Termine/ Leistungszeitraum**

Der Projektzeitraum lässt aktuell zeitlich nicht eingrenzen aufgrund der Abhängigkeiten des Projektes U5-RH von den städtischen Bebauungsplanverfahren (Grunderwerb, Planfeststellungsverfahren). Allerdings besteht das Ziel einer Inbetriebnahme der Stadtbahnstrecke Römerhof mit der sich im Bau befindlichen Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel.


















Im Rahmen der weiteren Planungsphasen soll daher mit der Stadt einvernehmlich ein Terminplan für das Projekt vereinbart werden, wenn und soweit bezüglich der Bebauungspläne Terminsicherheit besteht.

Der Abruf der beschriebenen Leistung setzt somit eine gewisse zeitliche Flexibilität voraus. Aktuell ist damit zu rechnen, dass für die hier beauftragten Rechtsdienstleistungen die Vorbereitung und Durchführung des Planfeststellungsverfahrens sehr zeitintensiv sein wird.

## Anlage 1.1



Legende:

-  Gleis Planung
-  Fahrbahn
-  Fahrbahn Bus
-  Fahrbahn Busseinstiegsrampe
-  Gleisbereich grüner Oberbau
-  Grünfläche
-  Böschung
-  Gehweg
-  Überweg, Rampe, Treppe, Aufgang
-  Radweg
-  Rampe
-  Hochbahnsteigbereich
-  Verkehrsinsel - und überfahrbares Gleis
-  Privatgärten
-  Grenze Verkehrsraum / Privat
-  Umgrenzende Stadtbaum
-  neuer Baum
-  Baum entfällt

Index	Art der Änderung	Datum	Verfasser	Datum	Freigabe

Datum:	gss:	Datum:	gss:
VPV:		VPV:	
Datum:	gss:	Datum:	gss:
Sachverändernde:		Sachverändernde:	
Datum:	gss:	Datum:	gss:
Planungsautorität SBEV:		Planungsautorität SBEV:	
Datum:	gss:	Datum:	gss:
Einflussbereich:		Geschäftsbereich:	
Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main nicht		Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main nicht	
Projektbildung SBEV:		Projektbildung SBEV:	
Datum:	gss:	Datum:	gss:
Regelungsgegenstand Darmsdt:		Regelungsgegenstand Darmsdt:	
Technische Aufsicht der Straßenbahn:		Technische Aufsicht der Straßenbahn:	
Regelung zur Ausführung erstellt:		Regelung zur Ausführung erstellt:	
Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsmanagementregulierung Frankfurt GmbH:		Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsmanagementregulierung Frankfurt GmbH:	
Datum:	gss:	Datum:	gss:



Stadtbahnstrecke B, Verlängerung U5 bis „Am Römerhof“

Planungsphase		Liegenschaft / Strecke		Grundst. / Flurstück	
<b>Vorplanung</b>					
Bauzeichnung		Datum	Name	Anlage	
<b>Übersichtslageplan</b>		bearb. 12.05.23	TS	Blatt	
.		geprüft 12.05.23	KB	Maststab 1 : 1.000	
		gezeichnet		Projekt-Nr	
Planummer				Index	

# **Anlage 2**

**zum Rahmenvertrag  
Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht/Verwaltungsrecht**

Abruf von Leistungen für den Neubau der  
**Stadtbahnstrecke D, Teilabschnitt 2 – Verlängerung U4 Bockenheimer Warte – Ginnheim (U4-GH)**



## 1. Beschreibung der Baumaßnahme

Bei dem Projekt U4-GH handelt es sich um ein Bauvorhaben der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH („VGF“), das durch die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH („SBEV“) im Auftrag der VGF realisiert wird. Auftraggeber der abgerufenen Leistungen für die U4-GH ist daher die SBEV.

Die sogenannte D-Strecke im Frankfurter U-Bahnnetz besteht aktuell aus den Abschnitten D I (Hauptbahnhof – Bockenheimer Warte), D III (Ginnheim – Heddenheimer Landstraße) und D IV (die sogenannte „Riedbergspange“). Der Abschnitt D II soll die fehlende Verbindung zwischen den Stationen Bockenheimer Warte und Ginnheim schließen.



Die weiter zu beplanende sogenannte Variante 3i startet unterirdisch an der Abstellanlage der Bockenheimer Warte. Von dort verläuft die Trasse unterirdisch mit zwei maschinell aufzufahrenden Tunnelröhren unter dem nördlichen Palmengarten und unter dem südlichen Grüneburgpark hindurch bis zur geplanten unterirdischen Station „Campus Westend“ unter dem Theodor-W.-Adorno-Platz (Zentrum des Campus Westend). Von dort führt der Tunnel weiterhin mit zwei Röhren unter der BAB 66 hindurch bis zum Rampenbauwerk südlich der Wilhelm-Epstein-Straße in der westlichen Miquelanlage. Die Startbaugrube für die Tunnelbohrmaschine ist ebenfalls in diesem Bereich geplant. Ab dem Rampenbauwerk verläuft die Trasse oberirdisch, überquert die Wilhelm-Epstein-Straße mit der geplanten Station „Bundesbank“ und schwenkt dann nach Nord-Westen an den Rand der Hochstraße Rosa-Luxemburg-Straße, wo die zweite Station „Platensiedlung“ geplant ist. Die Strecke quert dann die Ginnheimer Landstraße und endet an der neuen Station „Ginnheim“, wo der Anschluss an die Bestandsstrecke der U1 bzw. U9 erfolgt.

Die geplante Stadtbahntrasse hat eine Gesamtlänge von ca. 4 km mit einem Tunnelbauwerk von rund 2,2 Kilometer Länge.

Die Verlängerung der U4 bietet eine zweite attraktive Nord-Süd-Verbindung in die Innenstadt und an den Hauptbahnhof und damit eine Entlastung der sog. A-Strecke (Eschersheimer Landstraße), Flexibilität bei Störungen oder Havarien sowie eine Steigerung der Kapazität des Gesamtsystems. Die Variante 3i bietet vor allen Dingen eine direkte Anbindung des Uni Campus sowie für die Beschäftigten der Bundesbank.

Eine Übersicht des Streckenverlaufs ist als **Anlage 2.1** beigelegt.

## 2. Projektorganisation und aktueller Projektstand

Nachdem 2006 ein erster Anlauf zum Bau dieses Verbindungsabschnittes eingestellt wurde, beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2010 eine neue Untersuchung möglicher Trassenvarianten für die Verlängerung der Linie U4 von der Bockenheimer Warte bis nach Ginnheim (§ 9138 vom 16.12.2010). Im Rahmen intensiver gutachterlicher Untersuchungen und weiterer Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung wurden die möglichen Trassen auf drei Varianten eingegrenzt, die in den Jahren 2023 und 2024 in einer tiefergehenden und ergebnisoffenen Machbarkeitsstudie untersucht wurden.

Mit Stadtverordnetenbeschluss § 5776 (M16) vom 27.02.2025 hat schließlich die Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträgerin des öffentlichen Personennahverkehrs nach ÖPNVG Hessen zugestimmt, dass die gemäß Machbarkeitsstudie empfohlene Variante 3i für das Projekt U4-GH weiter geplant werden soll. Die Unterlagen der Machbarkeitsstudie können hier eingesehen werden: <https://www.sbev-frankfurt.de/de/u4/mediathek>

Außerdem haben die Stadtverordneten entschieden, dass die VGF das Projekt U4-GH als Bauherrin sowie als Vorhabenträgerin im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ausführt, das Eigentum an dem zu diesem Zweck hergestellten Anlagen und Bauwerken erhält und die SBEV mit der Realisierung des Projekts U4-GH beauftragt.

Die SBEV ist von der VGF bereits mit der Vorplanung beauftragt. Die Beauftragung mit den folgenden Planungsphasen ist in Vorbereitung.

Aktuell erfolgen die Beauftragungen der Planer und sonstiger Dienstleister wie die Projektsteuerung, um die Vorplanung für die Variante 3i zu erstellen und hierfür insbesondere die Kostenschätzung, die Terminplanung sowie die Nutzen-Kosten-Untersuchung fortzuschreiben.

Die Vorplanung ist dann den Stadtverordneten zur Genehmigung und Freigabe der weiteren Planungsmittel für die folgenden Planungsphasen vorzulegen.

Die aktuelle Finanzierung des Projekts U4-GH erfolgt über einen städtischen Investitionskostenzuschuss sowie Eigenmittel der VGF.

## 3. Sachstand und Leistungsgegenstand „öffentliches Recht“

Das Projekt U4-GH erfordert eine unterstützende juristische Begleitung in allen Belangen des öffentlichen Rechts.

Die Unterstützungsleistungen werden nach derzeitigen Erkenntnissen insbesondere die folgenden Themenfelder umfassen, die sich mit Projektfortschritt entwickeln und z.T. auch erst in den weiteren Projektphasen stellen werden.

### 3.1. Vorplanung

- Für das Projekt U4-GH besteht die Besonderheit, dass die beiden Tunnelröhren den Grüneburgpark queren sollen und sich bereits jetzt in dem sehr frühen Projektstadium Bürgerinitiativen zum Schutz des Grüneburgparks gegründet haben. Daher wurde bereits im Rahmen der Machbarkeitsstudie ein umfassendes hydrogeologisches Gutachten erstellt, für das ein umfassendes Grundwassermonitoring durchgeführt wurde. Diese Maßnahmen werden im weiteren Projektfortschritt fortgeführt werden. Mit weiteren Aktivitäten der Bürgerinitiativen ist zu rechnen.
- Im Rahmen der Vorplanung wird es intensive Abstimmungen mit verschiedenen Ämtern und Institutionen geben, die ggf. auch rechtlich zu begleiten sind (Ortsbeiräte, Umweltbehörden, Universität, Stadtplanungsamt, Koordinierungsgruppe Verkehr – KGV, Rechtsamt etc.).

### 3.2. Entwurfs- und Genehmigungsplanung

- Planfeststellungsverfahren

Das Projekt ist nach § 28 Abs. 1 PBefG planfeststellungspflichtig. Nach dem sogenannten Vorplanungsbeschluss und dem Eintritt in die Entwurfs- und Genehmigungsplanung sind die Genehmigungsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren aufzustellen und das behördliche Verfahren einzuleiten.

➤ Wasserrecht/wasserrechtliche Erlaubnis

Für die Startbaugrube für die Tunnelbohrmaschine und die unterirdische Station Campus Westend werden zwei Baugruben hergestellt, die trocken zu halten sind und damit einer Grundwasserhaltung benötigen. Entsprechend wird es einer wasserrechtlichen Erlaubnis bedürfen, die diese Grundwasserentspannung genehmigt.

➤ Zuwendungsrechts

Mit dem Vorplanungsbeschluss sind zur Finanzierung des Projekts U4-GH die Unterlagen für den Antrag auf Gewährung von Bundes- und Landeszuwendungen aufzustellen und der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Des Weiteren wird der städtische Investitionskostenzuschuss fortzuschreiben sein.

### 3.3. Ausführungsplanung und Bau

➤ Im Laufe des Projektfortschritts ist mit Planänderungsverfahren zu rechnen.

➤ Sonstige Genehmigungen, Erlaubnisse etc., die nicht von der Konzentrationswirkung umfasst sind (z.B. § 9 PBefG, § 62 BOStrab)

➤ Wasserrecht/wasserrechtliche Erlaubnis, Bodenschutzrecht

Aufgrund des erheblichen Eingriffs in den Wasserhaushalt wird mit umfassenden Nebenbestimmungen zum Thema Grundwasserhaltung und mit einer engen Führung des Projekts durch die wasserrechtliche Aufsichtsbehörde zu rechnen sein.

Im Rahmen des Grundwassermonitorings werden neben der Überwachung der Pegelstände Risiken durch Altlastenverschleppung zu überwachen sein, da das Projekt innerstädtisch ist und im Einflussbereich der Grundwasserhaltung mit schädlichen Bodenveränderungen zu rechnen ist.

Insgesamt ist die Grundwasserhaltung ein laufender Prozess, aus dem sich auch rechtlich immer wieder neue Anforderungen stellen werden.

➤ Immissionsschutz (insb. Baulärm, Erschütterungen)

Aufgrund des Baus der U4-GH im Innenstadtbereich ist mit umfassenden Nebenbestimmungen auch zum Thema Immissionsschutz im PF-Beschluss zu rechnen.

Es ist mit Beschwerden von Anliegern über Baulärm zu rechnen. Verhandlungen über Entschädigungen und daraus folgende Rechtsstreitigkeiten sind zu erwarten.

Mögliche Setzungen und Verschiebungen von Bauwerken im Einflussbereich der Tunnelvortriebsarbeiten werden durch geodätische Messungen überwacht werden müssen. Es ist damit zu rechnen, dass im gesamten Umfeld der Tunnelvortriebsarbeiten mit Eigentümern Gestattungsverträge abgeschlossen werden müssen, um Messpunkte installieren zu können. Des Weiteren werden im Einflussbereich der Bauarbeiten des Projekts architektonische Beweissicherungen der Gebäude durch einen beauftragten Sachverständigen durchgeführt werden. Es ist mit Beschwerden von Anliegern über angeblich durch die Bauarbeiten verursachte Gebäudeschäden zu rechnen.

➤ Grunderwerb

Im Rahmen der anstehenden Planungsphasen wird ermittelt, welche Grundstücke für das Bauvorhaben in Anspruch genommen werden und in welcher Form (zu erwerbende Flächen, während der Bauphase vorübergehend in Anspruch zu nehmende Flächen bzw. vorübergehende bauliche Nutzungsbeschränkungen, dinglich zu belastende Flä-

chen). Gegebenenfalls werden bereits im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens Vertragsverhandlungen mit Eigentümern zum freihändigen Erwerb von Grundstücken geführt werden.

Mit Erlass des Planfeststellungsbeschlusses sind mit den Eigentümern der betroffenen Grundstücke Verhandlungen über die Inanspruchnahme zu führen und ein vollständiges und angemessenes Entschädigungsangebot zu unterbreiten.

Bei Scheitern der Einigungsbemühungen schließen sich die behördlichen vorzeitige Besitzeinweisungs- und Enteignungsverfahren oder bei Teileinigungen Entschädigungsfestsetzungsverfahren an, die ggf. auch gerichtlich überprüft werden.

Beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zur dinglichen Sicherung der unterirdischen Stadtbahnanlagen sind möglichst erstrangig einzutragen, was intensive Abstimmungen mit Banken zur Folge haben kann.

Gegebenenfalls werden gesonderte Gestattungsverträge mit der Deutschen Bahn oder anderen Verkehrsträgern erforderlich bei Kreuzungen oder sonstiger Inanspruchnahme von Bahnanlagen, Brückenbauwerken etc.

Bei geplanten Bauvorhaben Dritter im Umfeld des Projekts U4-GH können Verhandlungen von umfangreichen Nachbarschaftsvereinbarungen erforderlich werden.

#### **4. Termine/ Leistungszeitraum**

Der Projektzeitraum lässt aktuell zeitlich nicht eingrenzen, da die Details der Terminplanung erst im Rahmen der anstehenden Vorplanung aufgestellt werden und von vielen Faktoren abhängen, die die SBEV nur bedingt beeinflussen kann. Folgende Grob-Terminplanung ist aber für die nächsten Planungsphasen angedacht:

1. Fertigstellung der Vorplanung: Zielsetzung 3. Quartal 2026
2. fertiger Entwurf für den Vorplanungsbeschluss: Zielsetzung 4. Quartal 2026

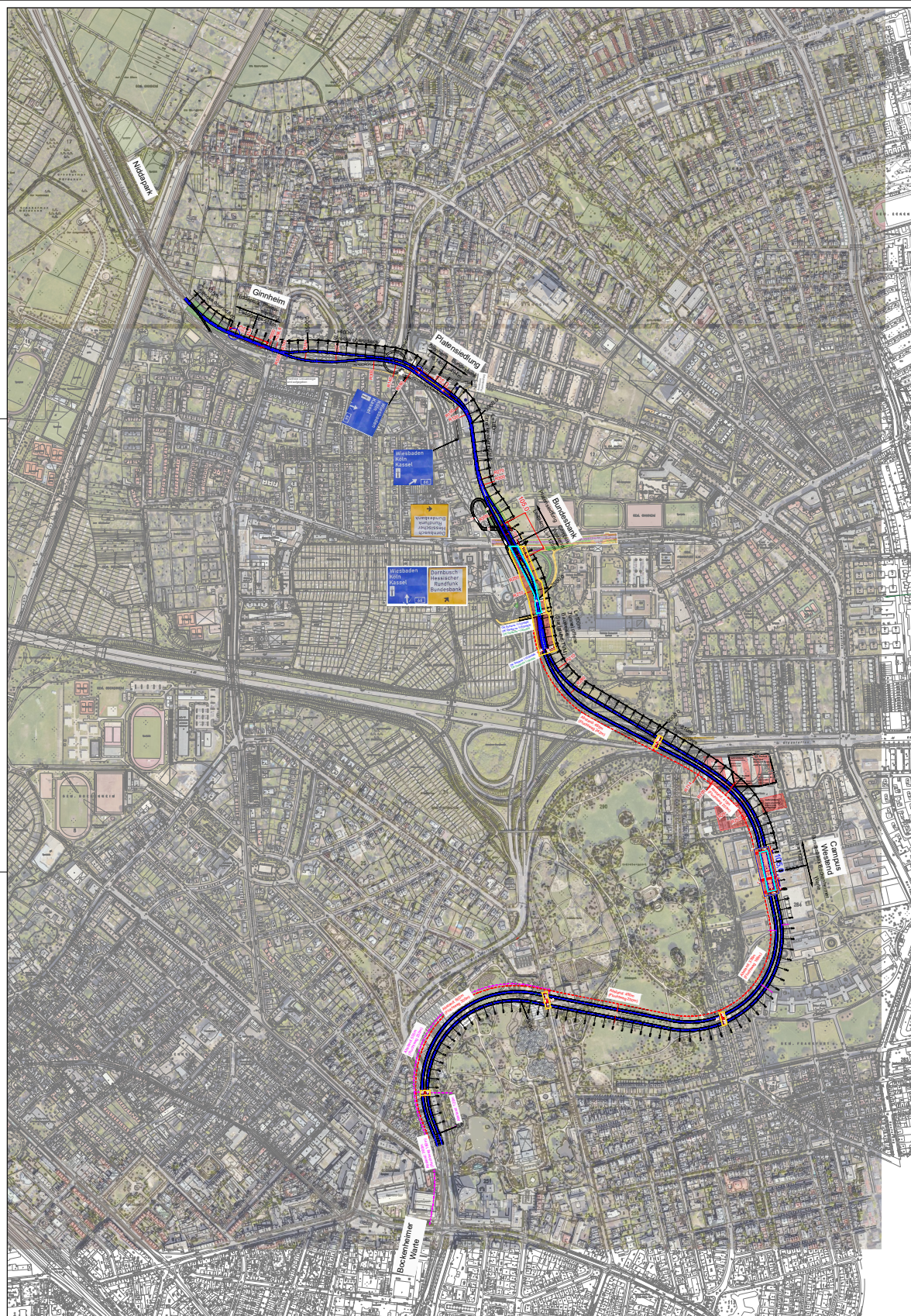
Der Zeitpunkt des Vorplanungsbeschlusses der Stadtverordneten inkl. der Freigabe weitere Planungsmittel hängt von der politischen Willensbildung ab und kann von der SBEV nicht beeinflusst werden. Außerdem ist Prämisse für den weiteren Projektfortschritt, dass der Beschluss der Koordinierungsgruppe Verkehr der Stadt Frankfurt bis Ende 2026 vorliegt.

3. Baubeginn: Zielsetzung im Laufe 2030

Der Baubeginn hängt von dem Verlauf des Planfeststellungsverfahrens und der Zuwendungsverfahren ab.

Der Abruf der beschriebenen Leistung setzt somit eine gewisse zeitliche Flexibilität voraus. Aktuell ist damit zu rechnen, dass für die hier beauftragten Rechtsdienstleistungen zum einen die Vorbereitung und Durchführung des Planfeststellungsverfahrens sehr zeitintensiv sein wird und zum anderen der Grunderwerb. Insbesondere ist dabei zu berücksichtigen, dass die Gestattungen zur Inanspruchnahme der Grundstücke vor Beginn des Einsatzes der Tunnelvortriebsmaschine alle vorliegen müssen – entweder über Vereinbarungen oder erzwungen über vorzeitige Besitzeinweisungen. Ein verzögerter Beginn des Tunnelvortriebs oder ein Stillstand der Tunnelvortriebsmaschine würde zu einem erheblichen Schaden führen. Des Weiteren ist auch mit Eilverfahren zu rechnen, z.B. bei behördlichen Anordnungen eines Baustillstands oder einstweiligen Verfügungsverfahren von Anliegern.





- Bauart Strecke/Station:**
- überirdisch
  - unterirdisch, Tunnelortrieb
  - unterirdisch, offene Bauweise, begrünt
  - Station überirdisch
  - Station unterirdisch
  - neue Fahrbahn
  - Querung Bahnkörper (MIV)
  - Bahnsteigbereich / Querung Bahnkörper
  - Auf- und Abgängen (Personenverkehr)
  - Geliebtebereich
  - Bereich Campus, zukünftige Bebauung
  - Damm / Aufschüttung
  - Einschnitt
  - bauzeitliche Inanspruchnahmen von Flächen
- z.B. R120 Radius Gleisachse  
z.B. 500.0 Kilometrierung der Gleisachse

Maßstab: Verlängerung U4 – Bockenheimer Warte nach Ginnheim (Stadtbahnstrecke D, Teilschnitt 2)			
Machbarkeitsstudie/ Variantenuntersuchung			
Auftraggeber: SBEV			
In Auftrag von: SFBT Frankfurt am Main			
Auftraggeber: Schiller-Plan			
Station			
Bezeichnung	Grundbesitz	Teilabschnitt	Gewerk
	Datum	Name	Anlage
Plannummer	Seiten	Blatt	Blatt
	gegründet	gegründet	gegründet